

Statement zum Equal Pay Day am 21. März 2014

**Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates**



## **Mehr verdienen – weniger arbeiten – besser leben!**

Ungleiche Verteilung der Arbeitszeit begründet Entgeltlücke und muss beendet werden

**Die Verkürzung der sogenannten Normalarbeitszeit und deren Neuverteilung zwischen Frauen und Männern müssen wieder auf die politische Agenda. Denn die Arbeitszeitverteilung in Deutschland hat sich vor allem geschlechtsspezifisch verfestigt; die grundsätzliche Schlechterstellung von Teilzeitarbeit begründet einen Teil der Entgeltlücke zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten. Der Deutsche Frauenrat fordert seit langem eine allgemeine 30-Stunden-Woche. Wir haben deshalb den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Schwesig für eine finanziell unterstützte 32-Stunden-Woche für Mütter und Väter als ein gutes Beispiel, wie es gehen könnte, begrüßt.**

Viele Frauen und Männer wünschen sich eine vollzeitnahe Arbeitszeit, wie jüngste Studien mehrfach belegen. Sie würde ihnen in der Regel einen ausreichenden Verdienst ermöglichen, den Verbleib im Beruf gewährleisten, den Aufstieg weniger behindern und gleichzeitig Zeit für die Familie, für politisches und soziales Engagement, kulturelle Teilhabe etc. zulassen.

### **Teilzeit geht zu Lasten von Frauen**

Die Realität auf dem Arbeitsmarkt aber sieht anders aus. Teilzeitbeschäftigten, wie sie heute immer häufiger angeboten und freiwillig oder unfreiwillig genutzt werden, sind kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Teilzeitbeschäftigung geht vor allem zu Lasten von Frauen. Immer mehr müssen sich das gleichbleibende Arbeitszeitvolumen des „weiblichen“ Arbeitsmarktes teilen, während sie nennenswerte Anteile des eher männlich geprägten Arbeitsmarktes bislang nicht für sich gewinnen konnten. Ihre Arbeitszeit wird also individuell und im Durchschnitt immer kleiner, so dass schon bei tariflicher Bezahlung eigenständige Existenzsicherung und Altersvorsorge nur schwer möglich sind. Das Ziel der beruflichen und finanziellen Unabhängigkeit ist damit unerreichbar.

### **Entgeltlücke führt zu Rentenlücke**

Mit sinkender Arbeitszeit nimmt der Verdienst häufig sogar überproportional zur verkürzten Arbeitszeit ab, denn oft gilt: je geringer die Arbeitszeit, umso schlechter der Stundenlohn. Das zeigt sich beispielsweise beim Minijob, bei dem die Löhne auch unabhängig von der Qualifikation meist unter der geplanten Mindestlohngrenze von 8,50 Euro liegen. Die derzeitige Entgeltlücke von 22 Prozent ist zu einem guten Teil auf die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Vor allem die Rentenlücke von fast 60 Prozent basiert auf Teilzeitarbeit und den damit verbundenen Arbeitsmarktrisiken. Eine Frau, die nicht „typisch männlich“ und durchgängig beschäftigt ist, erzielt in ihrem Lebensverlauf nur etwa 40 Prozent des Einkommens eines Mannes. Das ist ein Desaster für die Altersvorsorge – für die persönliche der Frauen ebenso wie für die Rentenversicherung.

© Deutscher Frauenrat 2014

**Kontakt:** Ulrike Helwerth, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Fon: 030 204569-17, u.helwerth@frauenrat.de, www.frauenrat.de

## **Für Entgeltgleichheit und gerechte Arbeitszeitverteilung**

Wir brauchen also neue Strategien: für Entgelt- und Arbeitszeitverteilungsgerechtigkeit. Verdienste, die die eigenständige Existenz sichern und Altersvorsorge ermöglichen, sind umso wahrscheinlicher, je näher die Arbeitszeit der Vollzeitgrenze kommt. Neue Lebensarbeitszeitmodelle können durch eine generelle Verkürzung der wöchentlichen und monatlichen Vollarbeitszeit ermöglicht werden. Teilzeitarbeit muss vollzeitnah ausgestaltet werden, denn wer schon eine geringe Teilzeit hat, wird sich kein Langzeit-Arbeitszeitkonto anlegen (können). Der Minijob mit seinen Dumpinglöhnen muss aufgelöst und wie andere Teilzeit auch mit gleichen Rechten und Pflichten behandelt werden.

Zur Verringerung der Entgeltlücke ist diese Debatte dringend notwendig. Ein interessanter Vorschlag in diese Richtung ist das „Schwesig-Modell“. Die Bundesfamilienministerin brachte Anfang des Jahres eine geringfügig auf 32-Wochenstunden verringerte Familienarbeitszeit für Eltern kleiner Kinder ins Gespräch, wobei der Lohn für die ausgefallene Arbeitszeit aus öffentlichen Mitteln bestritten wird. Ein solches Modell würde nicht nur Frauen eine bessere Existenzsicherung und Altersvorsorge ermöglichen. Sein besonderer „Charme“ besteht darin, dass sich auch mehr Männer wunschgemäß intensiver ihren Kindern widmen könnten.

## **Verkürzung der Vollarbeitszeit darf kein Tabu sein**

Da alte Einkommensverteilungen, Arbeitszeit- und Familienernährermodelle nicht mehr funktionieren, müssen Frauen und Männer durch eigene Erwerbstätigkeit selbständig und so leben können, dass dabei noch genügend Freiraum bleibt, um Sorge für sich selbst und andere (Kinder und andere Angehörige, FreundInnen, NachbarInnen etc.) zu übernehmen, aber auch für soziales Engagement und kultureller Teilhabe. Das ist eine Forderung, die nicht nur der Deutsche Frauenrat seit langem stellt. Aktuell erlebt sie eine neue Konjunktur. Wir setzen uns daher gemeinsam mit anderen nachdrücklich für kürzere, familiengerechte und lebensphasenorientierte Arbeitszeiten ein, die sich dem Lebensverlauf anpassen und ein Existenz sicherndes Einkommen für Männer und Frauen gewährleisten. Dafür muss auch eine neue „Norm“ einer 30-Stunden-Woche wieder in den Blick genommen werden. Die Verkürzung der Vollarbeitszeit darf kein Tabu mehr sein. Politik, Gewerkschaften, Frauen- und Sozialverbände müssen das Thema vorantreiben, auch wenn die Unternehmen uns versichern, dass das nicht ginge. Die Wirtschaft in unserem „Niedriglohnland“ wird es verkraften, denn die Steuereinnahmen werden steigen und die Sozialkassen voller werden.

**Frauen haben ein Recht auf Mehr, heißt unser diesjähriges Motto für den Equal Pay Day. Wir Frauen fordern Entgeltgleichheit und ich möchte hinzufügen: Frauen und Männer haben auch ein Recht auf mehr Leben – und weniger Arbeit – und zwar ohne dabei diskriminiert zu werden.**

Der Deutsche Frauenrat ist die Interessenvertretung von mehr als 50 bundesweit aktiven Frauenverbänden und -gruppen gemischter Verbänden, die wiederum rund 120 Einzelorganisationen repräsentieren. Unsere Forderung entspricht deshalb einer breiten frauenpolitischen Mehrheit in diesem Land.